

Weg die Tassen!



In (fast) jeder Wohngemeinschaft zu finden. (Foto: mebu)

Ende September sorgte ein Video des Studierendenwerks auf Facebook für großes Aufsehen unter den Studierenden. In dem kleinen Clip ist zu sehen, wie eine Person eine Schublade öffnet und in einen leeren Besteckkasten sieht. Einzig ein kleiner Zettel ist zu finden, auf dem zu lesen ist: „Hat jemand mein Geschirr gesehen?“. Das Video richtet sich an die Studierenden und Hochschulmitarbeiter*innen, die Besteck, Tassen und Geschirr aus den Mensen und den Cafeterien mitgehen lassen. Der Schaden sei laut Studierendenwerk immens. Eine Bestandsaufnahme.

In jeder gut sortierten WG lässt sich das ein oder andere Besteck oder Geschirr aus der Mensa oder Cafeteria finden. Auffällig viel findet sich vor allem in den Wohngemeinschaften in Campusnähe. Aus eigener Erfahrung, da selbst lange Bewohner des Wohnheims *Die Brücke*, fand sich in nahezu jeder WG Eigentum des Studierendenwerks wieder. Nun reagierte das Selbige mit einem kurzen Video über den Schwund. Es bittet alle Studierende und Hochschulmitarbeiter*innen doch das Besteck und Geschirr nicht mitzunehmen. Der WAZ rechnete das Studierendenwerk ein Kostenbeispiel vor. Demnach kostet eine Kaffeetasse im Einkauf

70 Cent. Allein in diesem Jahr habe das Studierendenwerk etwa 1.000 Tassen nachbestellen müssen, also in einem Umfang von 700 Euro.

Aber als wenn nur Tassen wegkommen würden. Das Studierendenwerk schätzt, dass auch etwa 400 Mensateller verschwunden und an die 500 grauen Tablettts abhanden gekommen seien. Warum sich gerade die – zwar praktischen aber dennoch eher unschönen – Tablettts so großer Beliebtheit erfreuen bleibt schleierhaft.

20 Cent Pfand und alles ist gut?

Jetzt haben die Verantwortlichen reagiert und erheben 20 Cent Pfand auf jede Tasse. Bedeutet, dass der normale Kaffee plus Tassenpfand nun 1,20 Euro kostet. Das wird wohl die wenigsten davon abhalten, die eine oder andere Tasse mitgehen zu lassen. Es könnte sogar darauf hinauslaufen, dass Tassendieb*innen und Pfennigfuchser*innen nach und nach das „Diebesgut“ in Form der Tassen, gewinnbringend wieder zurückgeben. Jedoch relativierte Studierendenwerks-Sprecherin Johanne Peito gegenüber aktuell, dass sich „noch keine langen Schlangen bei der Rückgabe gebildet hätten“.

Aber jetzt mal im Ernst. Der Kaffee kostet nun genauso viel wie die ungeliebte Variante im Pappbecher. Das Studierendenwerk hat vor geraumer Zeit die „To-Go“ Becher auf 1,20 Euro angehoben, um die Menge an Müll zu reduzieren, was letztlich auch der Umwelt zugutekommt. Jedoch werden wohl nun viele Studierende wieder auf den Pappbecher zurückgreifen, denn dieser kostet ja schließlich genauso viel. Eine weitere Alternative besteht auch darin, seinen eigenen Becher mitzubringen. Dann zahlt mensch nur 90 Cent für den Kaffee, jedoch nehmen das die wenigsten Studierenden wahr.

(Kaffee-) Milchmädchenrechnung

Nicht minder viele Studierende empfinden die Tatsache, dass so viel Besteck und Tassen mitgenommen werden, nicht wirklich als Diebstahl. Selbst unsere Eltern haben sich zu ihrer Studienzeit schon an dem Eigentum der Mensen und Cafeterien bedient. Und stellen wir uns doch mal folgende Frage: Finanzieren wir Studierenden mit unserem Sozialbeitrag in Höhe von 95 Euro pro Semester nicht das Mensabesteck und die Tassen in der Cafeteria? Das macht bei knapp 42.000 Studierenden immerhin einen Betrag von 3.989.525 Euro pro Semester! Und wenn dann mal 1.000 Tassen nachbestellt werden müssen, relativiert sich der doch so hohe

Querfront



Wenn Rechte und Linke bei den Friedensdemos gemeinsame Sache machen, sind Antisemitismus und NS-Relativierungen nicht weit. **Seite 2**

Kein Essen mehr in Bib-Mensa



Wieder einmal Baumängel: Das Studierendenwerk schließt den Betrieb in der kleinen Mensa in Duisburg. Mehr dazu auf **Seite 5**.

aktuell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es unter:
www.akduell.de

Schaden wieder. Und was würde es kosten, Detektoren aufzustellen oder gar Taschensuchungen oder Körperabstastungen durchzuführen. Dann bleibt man doch lieber bei einem kleinen Videoclip und fertig.

Nach tagelanger und mühsamer Recherche ist es uns gelungen mit einem vermeintlichen Dieb zu sprechen. Paul* ist sich keiner Schuld bewusst. In seinem Wohnheim käme es öfter vor, dass Tassen, Besteck und Teller in anderen Wohngruppen landen und da wäre es üblich, beim nächsten Mensabesuch mal was mitgehen zu lassen. Bereuen würde er das allerdings nicht. Schließlich zahle er ja auch jedes Semester an das Studierendenwerk. Bleibt abzuwarten ob das Tassenpfand die Studierenden und Mitarbeiter*innen der Hochschule wirklich abschreckt. Und auch wenn weiter das Eigentum der Mensen und Cafeterien mitgenommen wird, ist es sehr unwahrscheinlich, dass dadurch das Studierendenwerk einen Insolvenzantrag stellen wird. Das würde andere Gründe haben. **[mehu]**

*Namen von der Redaktion geändert.

Seite an Seite: Rechts und Links

Kommentar

Und im Raum steht ein großes Fragezeichen

Ein Kommentar von Björn Gögge

Die Schlagzeile, dass ARD und ZDF nun mit einem frischen und jungen Programm eine neue Zielgruppe (laut Webseite alle 14 bis 29-Jährigen) erreichen möchten, hat für Aufsehen gesorgt und alle Medienvertretenden in helle Aufruhr gebracht. „ARD und ZDF im neuen Gewand“ oder „Endlich auch was für unter 60-Jährige!“ hieß es und man war lange gespannt, was denn da auf uns zukommt.

Nach dem Start am 1. Oktober war aber klar: Es gibt keine neue Sendefrequenz und kein schönes, neues Programm – das Internet hat diesen Part übernommen und *funk* ist das neue Online-Medienangebot der Rundfunkanstalten. War man anfangs noch irgendwie gespannt, was da jetzt für neue Formate aufgefahren werden, ist nach dem Herunterladen der App die Ernüchterung schnell eingetreten. Dabei war der zwei Tage vor dem Launch eingestellte Trailer auf YouTube recht vielversprechend. Darin wurden alle möglichen Trendvideos und Memes der letzten Jahre so fantastisch miteinander verbunden, dass man gedacht hat: Okay, wow. Hier kommt etwas Neues, Großes, Gutes. Aber Pustekuchen.

Momentan sieht *funk* nämlich einfach nur nach einer Sammlung bereits existierender Medienmenschen aus, die über ihre verschiedenen Kanäle (YouTube, Snapchat et cetera) eigentlich genug Follower*innen haben und nicht noch jemanden brauchen, um in irgendeiner Form gepusht zu werden. Zusätzlich scheint die Zielgruppe auch nicht wirklich erreicht, denn um gewissen Content (oder dessen Ironie, Humor, Meta-Ebene et cetera) verstehen zu können, sollte man im letzten Viertel der 14 bis 29-Jährigen angekommen sein. Die Beiträge in der App hingegen zielen anscheinend auf Menschen unterhalb der Volljährigkeit, zumindest werden den Lesenden nicht mehr als acht aufeinander folgende Zeilen zugetraut.

Schade eigentlich, dass 40 Millionen Euro nicht besser verwendet wurden. Aber zu früh zu urteilen, wäre genau so falsch. Immerhin ist das Format nun etwa anderthalb Wochen alt. Lassen wir es noch etwas reifen und erwachsen werden. Aber nicht zu lange. Sonst können wir auch direkt wieder den Musikantenstadl einschalten.



Seit 2014 formieren sich Rechte und Linke zu gemeinsamen antisemitischen Protesten. (Foto: vlzero/flickr.com/ CC BY-NC 2.0)

„Weder links, noch rechts“ lautet das Credo der Teilnehmenden der Friedensdemonstration, die am 3. Oktober auch in Essen stattfand. Seit 2014 organisieren sich im Rahmen der neuen Friedensbewegung tatsächlich aber Schulter-schlüsse zwischen Linken und Rechten – Antisemitismus und Relativierung des Nationalsozialismus inklusive.

Die Demonstration auf dem Willy-Brandt-Platz stand in den Augen der Teilnehmenden im Zeichen des Weltfriedens, dem aber ein Störenfried im Weg stünde. „Die Demo richtete sich gemäß Aufruf in erster Linie gegen die NATO. Diese sei ihres Erachtens nach maßgeblich an den Kriegen der Welt schuld“, resümiert Friedensdemo-Watch und verweist dazu auf die NS-Relativierungen. So meint beispielsweise einer der Hauptredner, Eugen Drewermann, die NATO sei die ärgste Armee der Menschheitsgeschichte. „Implizit sagt er damit, die NATO sei schlimmer als die Nazis“, sagt Friedensdemo-Watch. Damit scheint Drewermann, der für solcherlei Aussagen bekannt sei, beim Publikum ins Schwarze zu treffen. Auch ermittelt der Staatsschutz der Essener Polizei gegen einen Teilnehmer, der in das Emblem der NATO ein Hakenkreuz eingearbeitet hatte. Um die vermeintliche Bösartigkeit der NATO herauszustellen, erfolgt seitens der Demonstrierenden eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus.

Gemeinsamer Nenner: Antisemitismus

Die Friedensbewegung erfreut sich prominenter Unterstützung. Neben dem ehemaligen Essener Oberbürgermeister-Kandidaten Wolfgang Freye (Linke) war auch Sevim Dağdelen (Linke), die sogar eine Rede hielt, anzutreffen. Die Bundestagsabgeordnete ließ sich gemeinsam mit Marcel Wojnarowicz, der unter dem Namen Wojna bei der Band *Die Bandbreite* bekannt ist, fotografieren. Unproblematisch ist die verschwörungstheoretische Band nicht: „*Die Bandbreite* wird nicht nur von der NPD als ‚volkssozialistische Musikgruppe‘ und von Die Rechte Dortmund wegen ihrer ‚Anschlussfähigkeit an nationale Positionen‘ empfohlen, sondern trat auch schon bei rechtsextremen Veranstaltungen auf“, gibt Friedensdemo-Watch zu bedenken.

Es seien gemeinsame Schnittstellen zu beobachten, die Linke dazu veranließen, mit Rechten

oder Neonazis eine Demonstration zu veranstalten. Sie würden sich in geteilten Ressentiments gegen die „Elite“, die Vereinigten Staaten und Israel äußern. Im Frühjahr 2014 organisierte Lars Mährholz die Mahnwachen. Auslöser war die Krim-Krise in der Ukraine, für die er die Vereinigten Staaten und die amerikanische Notenbank FED verantwortlich machte. Zu seinen Unterstützer*innen zählen der ehemalige Radiomoderator Ken Jebben und bis Ende 2014 Jürgen Elsässer. Während Jebben noch immer ein Wortführer der Friedensdemos ist, schloss man Elsässer aus dem Team aus. Er hatte sich positiv auf Hogesa bezogen. Friedensdemo-Watch sieht hinter dem Ausschluss aber eher eine Strategie statt eines Prinzips: „Der Ausschluss Elsässers ist eher als ein symbolischer Akt zu verstehen, mit dem man sich gegenüber Linken bündnisfähig zeigt.“ Im Winter 2014 initiierte Reiner Braun den Friedenswinter, der als Kooperation zwischen Mahnwache und etablierter Friedensbewegung zu verstehen sei, und mit Elsässer in der Form nicht möglich gewesen wäre.

Einer 2014 durchgeführten Umfrage der TU Berlin zufolge stimmen 51,6 Prozent der befragten Teilnehmer*innen der Mahnwachen-Demonstrationen der Aussage zu, „Amerika bzw. das amerikanische Militär [sei nur] der Knüppel der FED“, an deren Spitze nach Mährholz die jüdische Familie Rothschild sitze. 27,3 Prozent stimmten zudem zu, dass sich „Zionisten weltweit an die Hebel der Macht gesetzt“ hätten und die Welt steuern würden. Zwar sei die Umfrage nicht repräsentativ für die heutige Friedensbewegung, doch sehen nicht nur die Aktivist*innen von Friedensdemo-Watch auch heute noch eine starke Tendenz zur Verschwörungsideologie und Antisemitismus innerhalb der Bewegung. Auch Kevin Culina und Jonas Fedders beschreiben in ihrem Buch *Im Feindbild vereint: Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact Codes* wie die Verwendung des Namens Rothschild in diesem Zusammenhang als konstitutiv für den modernen Antisemitismus.

Auch die Friedensdemo vergangenen Samstag in Berlin zeigte, wie groß die Anschlussfähigkeit der Linken an die Querfront-Bewegung ist. Dort sprach auch die Parteilinke Sahra Wagenknecht vor tausenden Demonstrationsteilnehmenden. Dass ausgerechnet sie auftritt, verwundert in Anbetracht ihrer immer deutlicher werdenden Parallelen zu AfD-Positionen jedoch nicht. [fro]

Girls just wanna have fundamental rights

Der sogenannte „Blackmonday“ drängte das polnische Parlament vergangenen Donnerstag einen großen Schritt zurück. In einer Nacht-und-Nebelaktion zog die Regierung die Reißleine und lehnte die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes schließlich ab. Zwei Tage zuvor mobilisierten sich europaweit zehntausende Demonstrant*innen gegen den drohenden Gesetzesentwurf der Bürger*inneninitiative „Stoppt die Abtreibung“.

352 Abgeordnete stimmten am Donnerstagmorgen in der zweiten Lesung gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes, weitere 18 enthielten sich und 58 stimmten dafür. Der Gesetzesentwurf der Volksinitiative „Stoppt

ahndet werden. Unterstützung fand diese Verschärfung zunächst bei der regierenden national-konservativen Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS), was übersetzt „Recht und Gerechtigkeit“ bedeutet. In der eilig einberufenen Sitzung stimmte diese, die gleichzeitig die absolute Mehrheit im polnischen Parlament hält, gegen eine Gesetzesänderung.

Es war wohl weniger die Besinnung zur Vernunft, die die Mitglieder der PiS dazu veranlasste, das drohende Abtreibungsverbot vorerst abzulehnen. Die Wochenzeitung *Gazeta Wyborcza* deutete auf den Schaden hin, den die Nationalkonservativen bei der Umsetzung des Verbots einstecken könnten. Laut Insider*innen hätte man hauptsächlich die Wiederwahl der Regierung bei den Wahlen 2019 im Blick gehabt und jegliches Risiko vermeiden wollen. Dennoch sei das Thema nicht endgültig vom Tisch und die PiS planen einen eigenen, weniger restriktiven Gesetzesentwurf vorzubringen.

Motivation der Bürger*inneninitiative

Doch was bewegt die Befürworter*innen der Abtreibungsverschärfung im 21. Jahrhundert zu dieser Forderung? Anna Kiljia von der Organisation „Recht auf Leben“ äußerte in einem Interview des Magazins *Focus* gegenüber, dass sie den Gesetzesentwurf unterstütze: „Wir möchten, dass Frauen* endlich verstehen, dass es um die Tötung eines Menschen geht und dass es kein kosmetischer Eingriff ist.“ Kiljia unterstellt den Abtreiber*innen noch, dass sie es mehr als ein Spiel betrachten und weniger, dass sie dadurch ein Ungeborenes verletzen würden.

Massive Proteste zeigen Wirksamkeit

Bereits bei einer Umfrage des polnischen Nachrichtenmagazins *Newsweek Polska* stimmt der Großteil der Bevölkerung mit 74 Prozent dafür, das bestehende Abtreibungsgesetz beizubehalten. Dieses Verhältnis zeichnete sich auch am vergangenen Montag in der Innenstadt von Warschau ab. Laut Polizeiangaben sind fast 100.000 Menschen gegen die Gesetzesinitiative auf die Straße gegangen. Darunter war auch die 68-jährige Jolana P., die ganz in der Nähe von Warschau lebt. Sie habe „zum Glück“ nie selber so eine Entscheidung treffen müssen. Trotzdem beteiligte sie sich an dem sogenannten Blackmonday-Protest. „Ich bin nicht für mich hingefahren. Aber ich bin zum Beispiel für meine Enkelinnen und deren Kinder mit durch die Straßen gezogen und deren Recht auf Selbstbestimmung.“

Auch ohne die drohende Verschärfung würden die strengen Abtreibungsregeln bereits zu Problemen führen. Als pensionierte Krankenschwester kennt sie die jetzigen Folgen der Gesetzeslage nur zu gut. „Ärzte geraten häufig unter Druck und verweigern den Schwangerschaftsabbruch. Was im Umkehrschluss dazu führt, dass viele Frauen* diesen im Untergrund durchführen lassen“, so Jola.

Ein illegaler Eingriff – die letzte Möglichkeit zu der die Frauen* greifen würden. Denn dabei könnten medizinische Hygienemaßnahmen häufig nur unzureichend erfüllt werden. „Ich habe jetzt schon oft davon gehört, dass Küchen in Privatwohnungen häufig dafür genutzt wurden“, verrät die Rentnerin.

Eine Situation, die die Mehrheit der Frauen*, die sich gegen die Schwangerschaft entscheiden, ebenfalls fürchten. Denn immer mehr legitime Abtreibungen würden daher im Ausland vorgenommen. Nicht selten eröffnen polnische Fachärzt*innen daher direkt an der deutschen Grenze Praxen und gelten bereits als bekannte Adressen.

1.000 Abtreibungen werden der Regierung zufolge zurzeit jährlich in Polen legal vorgenommen. In den meisten Fällen handle es sich um eine nachweisliche Behinderung des Fötus. Eine Zahl auf Anhieb nicht auffällig erscheint, dann aber an Bedeutung gewinnt, wenn die Dunkelziffer wie Eingriffe im Untergrund oder Ausland einbezogen wird. Laut dem *Spiegel* würden Frauen*rechtlerinnen die reale Menge auf jährlich 100.000 Schwangerschaftsabbrüche schätzen.

My Body. My Decision – nicht nur in Polen

Auch in Brüssel, Berlin, Düsseldorf und Paris versammelten sich am Protesttag schwarz gekleidete Menschen und trugen Schilder mit der Aufschrift „My Body. My Decision“. Zuvor verbreiteten Feminist*innen und Gegner*innen der Gesetzesverschärfung den Hashtag „CzarnyProtest“ (dt. schwarzer Protest) und „Blackmonday“ und mobilisierten dadurch europaweit weitere Stimmen der Unterstützung für das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen* in Polen.

Eine Protestbewegung, die sich auch gegen die große Bedeutung der katholischen Kirche in Polen stellt. Ganze 600.000 Unterschriften konnte die Initiative „Stopp die Abtreibung“ schließlich im Vorfeld für sich gewinnen. Bloß 100.000 sind für die Bearbeitung des polnischen Parlaments letztlich erforderlich. Auch die Verhütungsmittel in Polen haben nach wie vor einen überbezahlten Preis. Anstatt sich also für das Recht auf Privatsphäre stark zu machen, gibt es wohl immer noch eine Mehrheit, die einen großen Schritt zurück, Richtung Katholizismus im Mittelalter setzen möchte. [BRIT]



Millionen Menschen haben die Frauen* in Polen und deren Recht auf Selbstbestimmung unterstützt. (Foto: BRIT)

die Abtreibung“, in dem diese ein fast totales Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen anstrebte, ist somit vorerst gescheitert.

Obwohl in Polen bereits jetzt die strengsten Abtreibungsregeln in Europa gelten, wollten Abtreibungsgegner*innen diese verhängen. Bisher darf eine Frau die Schwangerschaft nur dann abbrechen, wenn eine Vergewaltigung vorliegt, das Leben der Mutter gefährdet ist oder der Fötus nachweislich von einer schweren Behinderung betroffen ist. Die Anhänger*innen der Initiative sahen in dem neuen Entwurf ein völliges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen vor, auch in Fällen von Vergewaltigungen und Inzest. Verstöße sollten mit Haftstrafen gegen Betroffene und behandelnde Ärzt*innen ge-

Bochum für alle?



Kreativer Zwischenstopp des Leerstand-Rundgangs am Wochenende in Bochum. (Foto: mac)

Stadtrundgänge sind auch im Ruhrgebiet beliebt: Kleine Grüppchen lassen sich durch die Straßen leiten und hören sich meist Historisches zu den Wahrzeichen ihrer Wohnorte an. Am Samstag, 8. Oktober, fand in Bochum ein anderer Rundgang statt. Die Initiative *Treffpunkt Asyl* hielt an Gebäuden, die ein Stadtmarketing sonst nicht her zeigt - weil sie leer stehen. Die Aktiven wollen diese Räume wieder nutzen. Als Wohnungen, Treffpunkte und Orte für Kreativität.

Mit bunt bepinselten Umzugskartons, Pappchildern und Bannern trafen sich etwa 100 Menschen an der Alleestraße. Vor ihnen lagen zwei Stunden Rundgang mit vier Zwischenstopps. Es sollte ein kreativer Rundgang werden: „Wir wollen mit Plakaten und den Kartons den Leerstand in Bochum markieren“, sagt die Gruppe zu Beginn der Demonstration. Und dann setzten sich die Menschen in Bewegung.

Orte für Kunst, Soziales und Selbstorganisation

Erster Halt: Alleestraße 68. Direkt am Westpark gelegen steht das ehemalige Bürogebäude des Bochumer Vereins. Die Aktiven hängen Plakate mit der Aufschrift „Hier könnte eine Stadt für alle sein“ an die Fenster der verfallenden Industriefassade. Für Wohnungen sei das Gebäude nicht geeignet, aber: „Es geht uns nicht nur um Wohnraum, sondern um Orte der Begegnung, Kreativität und der selbstorganisierten Kultur. Denn auch daran mangelt es in Bochum“, so die Organisator*innen. Im großen Saal könnten Konzerte stattfinden und in den Büroräumen Ateliers gestaltet werden. Das erklärte

Ziel: Auf 4.000 Quadratmetern Kunst und Kultur für alle. Eine der Ausstellungen könne dann auch die fragwürdige Geschichte sowie Gegenwart des Krupp-Konzerns bearbeiten, der seit 1965 Eigentümer des Gebäudes ist, so die Aktivist*innen.

Wohnraum für Studierende und Refugees

Mit musikalischer Begleitung ziehen die Menschen die Alleestraße hoch Richtung Innenstadt. Am Willy-Brandt-Platz 10, in unmittelbarer Nähe des Rathauses, bleibt der Zug wiederum stehen. Ein Banner wird zwischen zwei Bäume gespannt, die mitgebrachten Umzugskartons, auf denen mittlerweile unter anderem „Bochum für Alle“ und „Wohnraum für alle“ steht, werden vor dem Gebäude gestapelt. 1.300 Quadratmeter umfasst das seit fünf Jahren leerstehende Bürogebäude auf vier Etagen. Die Eigentümer*innen, eine Erb*innengemeinschaft, lassen den Raum aber ungenutzt. „Für eines dieser schrecklichen Container-Lager für Geflüchtete im Bochumer Norden in der Nähe vom Nordbad hat die Stadt alleine 11 Millionen Euro ausgegeben. Damit könnte man locker aus diesem Gebäude ein Apartment-Haus machen.“ Gemeinsam mit geflüchteten Menschen könnten laut der Initiative auch beispielsweise Studierende einziehen.

Durch die Innenstadt geht es weiter zum Hauptbahnhof, wo die Gruppe einen Schlenker durch das Alsenviertel macht. An der Düppelstraße 22a, wo 300 Quadratmeter Wohnraum leer stehen sowie an der Wittener Straße 74, wo 400 Quadratmeter inklusive Ladenlokal nicht genutzt werden, wird angehalten. Auch hier werden Plakate geklebt und Umzugskartons platziert. „Diese Wohnun-

gen stehen beispielhaft für 8.400 leere Wohnungen in Bochum“, erklären die Aktiven vor dem letzten Gebäude des Rundgangs.

Um die leer stehenden Immobilien wieder zu nutzbar zu machen, könnte die Stadt eine Zweckentfremdungssatzung auf den Weg bringen, die es beispielsweise in Dortmund schon seit dem Jahr 2012 gibt. Diese verpflichtet Eigentümer*innen monatelang leer stehende Räume entweder wieder zu vermieten oder eine Strafe zu zahlen. Die Demonstrant*innen fordern die Politik auf, eine solche Satzung auch in Bochum auf den Weg zu bringen. Bislang setzt sich lediglich die Linke im Rat der Stadt für eine solches Instrument ein.

„Wohnraum darf keine Ware sein.“

Gleichzeitig sollen die Verantwortlichen aber auch wieder Geld in die Hand nehmen. In den letzten Jahren seien laut den Aktivist*innen so gut wie die Hälfte aller Sozialwohnungen in Bochum und bundesweit abgebaut, das heißt privatisiert, worden. Für Menschen, die weniger finanzielle Mittel haben, sei es immer schwerer geworden eine Wohnung zu finden. „Die Stadt Bochum sagt immer wieder, dass kein Geld da sei, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wie kann es gleichzeitig sein, dass die Stadt Millionen für ein neues Musikzentrum investiert, das ein Ort für Hochkultur ist, bei dem fragwürdig ist, ob es wirklich von allen genutzt werden kann?“, so die Aktivist*innen.

Im Sommer dieses Jahres hatte die Stadt angekündigt, den sozialen Wohnungsbau durch Neubauten ankurbeln zu wollen. Laut Angaben der WAZ sollen binnen zwei Jahren 165 Wohneinheiten auf rund 27.000 Quadratmetern entstehen. Städtisch wird dieser Wohnungsbau aber nicht: Die Sozialwohnungen sollen von Investor*innen gebaut werden, die die Grundstücke in Zeiten von klammen Kassen kaufen und dann die Immobilien für 5,25 pro Quadratmeter vermieten sollen. Im WAZ-Artikel gesteht selbst Kai Müller vom Stadtplanungs- und Bauordnungsamt ein, dass man allein mit diesem Plan der Nachfrage nach Sozialwohnungen in Bochum nicht gerecht werde.

„Wohnraum darf keine Ware sein, sondern muss allen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Wenn das mit den privaten Vermietern nicht funktioniert, muss die Stadt dazu aufgefordert werden, endlich wieder selbst in kommunalen Wohnungsbau zu investieren“, so die Organisator*innen. Zum Abschluss lud der *Treffpunkt Asyl* zu einem Folgetreffen der Aktion ein, bei dem weitere Pläne gemacht werden sollen. Die Aktivist*innen treffen sich dazu am Donnerstag, 20. Oktober, um 19 Uhr im Neuland an der Rottstraße. [Redaktion]

Kein Essen mehr an der Bibliothek

Theke dicht: Die Mensa Bibliothek auf dem Duisburger Campus wird ab dem kommenden Wintersemester vom Studierendenwerk Essen-Duisburg nicht weiter betrieben. Ähnlich wie beim KKC wäre der Raum unter anderem wegen baulicher Mängel nicht mehr für die Gastronomie nutzbar. Bis zur Eröffnung der neuen Mensa auf dem Campus im Jahr 2018 werden die Studierenden in den Mittagspausen in den verschiedenen Cafés und in der Mensa im L-Bereich zusammenrücken müssen. Studierende kritisieren die Schließung.

„Eine Aufrechterhaltung des Betriebes ist aufgrund erheblicher baulicher und hygienischer Mängel sowie aus Sicht des Arbeitsschutzes nicht weiter vertretbar“, erklärte das Studierendenwerk am 5. Oktober auf seiner Facebook-Seite (siehe Screenshot). Zuvor hatte der TÜV-Nord erhebliche Mängel in der Bibliotheks-Mensa festgestellt. Das Studierendenwerk erklärt die Schließung mit ungenügenden Belüftungs- und Klimatisierungsmöglichkeiten in der Spülküche, defekten Kochkesseln sowie baulichen Mängeln in den Umkleide- und Sanitärräumen, im Lager und an der Warenannahme. Also: Mängel über Mängel in allen Bereichen der Mensa. Laut Studierendenwerk seien die umfassenden Sanierungsarbeiten jetzt, da 2018 eine neue Mensa eröffnet werde, betriebswirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Die neue Einrichtung soll mit 1.000 Plätzen die beiden alten Kantinen mit zusammen 600 Plätzen ersetzen.

Die Argumentation des Studierendenwerks ärgert die Studierenden auf dem Campus Duisburg: „Das Studiwerk schreibt von Technik aus dem Jahr 1968. Da frage ich mich: Was wurde mit meinem Sozialbeitrag in den letzten Jahren gemacht?“, möchte zum Beispiel die Politikwissenschaftsstudentin Linda* wissen. Tatsächlich erhält das Studierendenwerk Essen-Duisburg den zweithöchsten Beitrag von Studierenden in NRW: Mittlerweile gehen 95 Euro pro Studierende*r und Semester an die Anstalt des öffentlichen Rechts.

Rappelvolle Mensen in Duisburg

„Ich finde es ja gut, dass hier eine neue Mensa gebaut und investiert wird. Die beiden Mensen waren eh immer rappelvoll. Bis 2018 sehe ich deshalb schwarz, wenn jetzt die Bib-Mensa zu macht“, sagt der Duisburger Student Marco. Das Studierendenwerk schreibt dagegen: „Wir sind zuversichtlich, dass die Essensversorgung am Duisburger Campus durch diverse Kompensationsmaßnahmen weiterhin zufriedenstellend erfolgen kann.“ Im U-Café direkt unter der Mensa soll eine zusätzliche warme Theke eröffnen. Ein Hauptgericht inklusive Beilage soll für Studierende 1,80 Euro, für Bedienstete der Uni 3,60 Euro kosten. Damit ist dann auch, anders als vorher, ein subventioniertes und günstigeres Essen im Café erhältlich. Sonst sind die Preise in



Das Studierendenwerk schließt die Bib-Mensa in Duisburg. (Foto: Screenshot von Facebook)

der Cafeterien teurer, weil sie nicht von den Studierendengeldern bezuschusst werden. Im Café- und Mensa-Foyer sollen dann zusätzliche Tische und Stühle aufgestellt werden. Die Plätze in der Mensa sollen zu Arbeitsflächen umfunktioniert werden.

Kein Essen zwischen den Vorlesungen?

Anders als in Essen verfügte der Campus Duisburg bislang über zwei Mensen. Die Hauptmensa befindet sich derzeit noch im M-Bereich - den sogenannten Keksdosen - und ist während der Vorlesungszeit von 11.45 Uhr bis 15.30 Uhr geöffnet. An dieser Mensa befindet sich außerdem noch das Café vision. Im B-Bereich, der vom Audimax 15 Minuten entfernt ist, befindet sich noch das Café insgrüne. Die kleinere Mensa an der Bibliothek im L-Bereich soll jetzt geschlossen werden. „Ich bin eigentlich sowieso lieber im U-Café gewesen, aber wenn das wie so oft voll war, bin ich in die Mensa gegangen. In Zukunft müsste ich dann zehn Minuten zur anderen Mensa laufen - zwischen den Vorlesungen schaffe ich das nicht“, sagt Studentin Merve*.

Um genug Essen an die Menschen zu bringen, soll laut Studierendenwerk auch das sogenannte „Specials4you“-Essen, das bisher nur wenige Tage in der Woche ausgegeben wurde, jetzt von Montag bis Freitag angeboten werden. Hinter dem Namen verbirgt sich ein teureres Essen, das für Studierende drei und für Bedienstete vier Euro kostet. Das Aus für die Bibliotheks-Mensa ist die zweite plötzliche Schließung von Seiten des Studierendenwerks innerhalb eines Jahres. Kurz vor Beginn des vergangenen Wintersemesters hatte das Unternehmen das Kunst- und Kulturcafé ebenso überraschend kurzfristig nach den Semesterferien nicht mehr eröffnet und sogar geschlossen (aktuell berichtete). [mac]

*Namen von der Redaktion geändert

Beteiligen!

KKC-Protestparty



Seit einem Jahr ist das Kunst- und Kulturcafé (KKC) nun geschlossen und noch immer mobilisieren Studierende, um gegen diesen Zustand vorzugehen. Mitten in der Orientierungswoche für die Erstsemester veranstaltet die mittlerweile vierte Protestparty vor dem ehemaligen Treffpunkt. In gemütlicher Atmosphäre bei Live-Musik, Zuckerwatte und veganem Eis lässt es sich gut protestieren. Die Nachricht: Der Essener Campus braucht einen studentischen Freiraum.

↗ **Mittwoch, 12. Oktober, 12 bis 22 Uhr, KKC, Campus Essen, Eintritt frei**

Mehr beteligen!

Critical Mass

Sattelt eure Räder! Critical Mass Essen ruft auch diesen Monat alle Fahrradbegeisterten auf, eine kritische Masse zu bilden und durch Essen zu radeln. Ab 15 Radfahrer*innen bildet sich solch ein geschlossener Verband, mit dem sie die selben Rechte haben wie ein einzelnes Fahrzeug. Heißt: Springt die Ampel auf rot, nachdem eine*r eurer Begleiter*innen diese bereits überquert hat, so dürft ihr alle hinüber huschen. Denkt an Vorder- und Rücklichter.

↗ **Freitag, 14. Oktober, 19 bis 22 Uhr, Treffpunkt: Willy-Brandt-Platz, Essen**

Ballern!

Déjà Vu

Schon seit mehreren Jahren versorgen die erfolgreichen Künstler*innen hinter den Plattentellern, Kate Boss und Kevin Lietz, das Grammatikoff- Publikum im wunderschönen Duisburger Dellviertel mit einer musikalischen Bandbreite von Trash über Charts bis hin zu Party Classics. Bei Speisen und Spirituosen könnt ihr eure Zappelkünste unter Beweis stellen und die Vorzüge des vielfältigen Duisburger Nachtlebens genießen.

↗ **Samstag, 15. Oktober, ab 23 Uhr, Eintritt 7 Euro**

Tabuthemen überwinden



Symbolische Schlüsselübergabe bei der Eröffnungsfeier in der Langen Straße 44. (Foto: caro)

Am 4. Oktober hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Dortmund eins der drei neuen Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (PSZ) in NRW eröffnet. Bereits am Freitag, 30. September, fand im kleinen Kreis eine Eröffnungsfeier statt, auf der die AWO-Vorsitzende Gerda Kieninger, Sozialdezernentin Birgit Zoerner und die Leiterin des neuen PSZ, Rodica Anuti-Risse, über die Ziele und Wünsche des Angebots sprachen.

Das PSZ wird durch das Landesförderprogramm „Soziale Beratung von Flüchtlingen“ sowie die Stadt Dortmund finanziert und stellt anderthalb Stellen für Psychotherapeut*innen und eine Stelle für Sozialarbeiter*innen bereit. Konzipiert wurde das Angebot von der AWO, Unterbezirk Dortmund, in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Stadt Dortmund. Aktuell sind der Stadt Dortmund zirka 10.000 Geflüchtete kommunal zugewiesen, davon haben allein 6.200 einen ungeklärten Status, so Kieninger. Deshalb freue sie sich, dass die Stadt den Zuschlag für ein neues PSZ erhalten habe. Wie im Konzeptentwurf (Stand: 04.08.2016) festgehalten, richtet sich das Angebot der Einrichtung „an Personen mit Fluchthintergrund, die aufgrund traumatisierender Erfahrungen in ihren Heimatländern, auf dem Fluchtweg oder in ihrer Exilsituation psychisch erkrankt sind oder bereits vor ihrer Flucht psychisch erkrankt waren und weiterer Beratung/Behandlung bedürfen“, vor allem aber an solche mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Dies sei dadurch begründet, so Anuti-Risse, dass diese „über die Krankenversicherung keinen Zugriff auf Psychotherapie haben“. Im Gegensatz zu anerkannten Geflüchteten fehle

ihnen der Rechtsanspruch. „Man weiß aber“, erläutert Anuti-Risse, „dass die oft gar nicht in der Lage sind, ihr Asylverfahren tatsächlich durchzustehen und in ihrem Sinne für ihr Recht zu kämpfen und ihre Bedürfnisse zu äußern, wenn sie nicht therapeutisch bereits eine Erstversorgung erhalten“. Ziel sei es, durch „einen multiprofessionellen Ansatz unter Einbeziehung psychotherapeutischer, sozialarbeiterischer sowie sprach- und kulturspezifischer Kompetenzen“, die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Die Gründe für psychische Erkrankungen bei Geflüchteten können zum einen in den Ereignissen liegen, die zur Flucht geführt haben, am Fluchtweg oder an den postmigratorischen Stressoren in Deutschland, so Anuti-Risse. Zum anderen kämpfen Geflüchtete aber auch ebenso mit häufig auftreten psychischen Erkrankungen wie zum Beispiel Depressionen und Magersucht. Dass das Angebot gefragt ist, zeigen die zahlreichen Anmeldungen schon vor Eröffnung des Zentrums. Von anderen Zentren wisse man, wie dankbar die Geflüchteten seien, „einen Ort zu haben, der sich ihrer Probleme annimmt. Gerade weil diese psychischen Erkrankungen bei den Menschen aus den Ländern, die gerade zu uns kommen, [noch] so ein Tabuthema sind, wie [sie] es in Deutschland vielleicht vor 40 Jahren auch noch gewesen [sind]“, erklärt Anuti-Risse. Was bisher verheimlicht wurde und unaussprechlich war, könne nun in einem sicheren Rahmen thematisiert und behandelt werden. Informationen über das Angebot werden bisher nur über Fachkräfte wie Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen oder andere Beratungseinrichtungen an Geflüchtete herangetragen, mit der Zeit, so Anuti-Risse, spreche sich dies aber auch

über Freund*innen, Familienangehörige und Nachbar*innen rum.

Von der Theorie in die Praxis

Geflüchtete können die Unterstützung sowohl in Einzelterminen als auch in Gruppen wahrnehmen. Um möglichst schnell vielen Menschen helfen zu können, wird ein Fokus auf Kriseninterventionen gelegt, aber auch eine längerfristige Begleitung soll Teil des Angebots sein. In Psychoedukationsgruppen soll den Betroffenen geholfen werden, ihre Symptome einzuordnen und zu verstehen, dass ihr Leiden nichts mit Schuld oder Verücktsein zu tun hat, „sondern, dass es eine Erkrankung ist und dass es eine ganz normale Reaktion des Körpers ist“, so Anuti-Risse. Die Traumasymptomatik etwa sei eine richtige und wichtige Reaktion des Körpers. Krankhaft sei einzig, dass der Körper nicht aufhöre so zu reagieren, obwohl die Gefahr vorüber ist. Durch ihre Erfahrung aus ihrer bisherigen Arbeit mit unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten im Clearinghaus der AWO, kann sich Anuti-Risse auch durchaus vorstellen, dass es spezifische Gruppenangebote zum Beispiel nur für Frauen oder nur für Minderjährige geben könnte.

Nicht nur die Anzahl der Geflüchteten, sondern auch die Zielgruppe selbst, so zeige die Erfahrung in anderen Städten, überfordere niedergelassene Versorgungseinrichtungen. Deshalb wolle man mit dem neuen Angebot das System der Regelversorgung in Dortmund stärken und versuchen, die Versorgungslücke zu schließen. Hierzu gehöre auch, Kolleg*innen fortzubilden, sodass sie sich in der Lage fühlten, Geflüchtete therapeutisch zu versorgen. Die möglichen Sprachbarrieren zu überwinden sei kompliziert, so Zoerner. Aber auch kulturelle Unterschiede fordern eine sensible Herangehensweise. Anuti-Risse erklärt, sie haben bereits eine Fachgruppe in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie, in der einmal pro Quartal über die Besonderheiten in der Arbeit mit Geflüchteten gesprochen wird. „Das ist schon eine besondere Herausforderung tatsächlich mit Menschen zu arbeiten, die so viel Gewalt ausgesetzt gewesen sind“, so Anuti-Risse.

Schwierigkeiten in der Zukunft sieht Anuti-Risse vor allem darin, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen und sie schnell an ihre Grenzen stoßen würden. Der Andrang sei groß, 10.000 Menschen zu versorgen aber schlicht unrealistisch. Dennoch wolle man möglichst vielen eine Chance bieten können. Da sie zum Beispiel das übliche Gehalt von Dolmetscher*innen nicht zahlen werden können, versuche man zudem ein Dolmetscher*innen-Netzwerk aufzubauen und auf diese Art eine Lösung zu finden. [caro]

Loribeth packt ihren Koffer, zu voll?

Auf dem Titelbild ist ein lachendes Strichmädchen mit Vogel auf der Schulter und Flasche in der Hand zu sehen, der Klappentext spricht von einer „phantastischen Reise“, in der sich Loribeths „Blick verändert“ und der Titel lockt mit Ungewöhnlichkeit: „Mein Vater war ein Mann an Land und im Wasser ein Walfisch“, das Romandebüt von Michelle Steinbeck lässt eine heiter spannende und originelle Entwicklungsgeschichte mit Lebensweisheit erwarten. Aber falsch gedacht, schon auf der ersten Seite erfolgt der Bruch des Grauens. Solche Überraschungen können erfrischen, irritieren oder anstrengen.



Steinbecks Roman zwischen Magie, Traum und Realität. (Foto: mal)

Loribeth trifft auf der Straße ein Kind mit blinden Schuhen, von dem sie erst beschimpft und später in die Wohnung verfolgt wird. Sogleich lässt sich vermuten, dass dieses Kind, das im psychologischen Jargon als „innere Kind“ bezeichnete jüngere Ich Loribeths ist, das sie überwinden will. Als Loribeth aus dem Schlaf aufschreckt und das heiße Bügeleisen, das ihr vermutlich von ihrem jüngeren Bruder und dessen Gang auf die Brust gelegt wurde, aus dem Fenster schmeißt, trifft sie damit das Kind. Loribeth schleift das tote Kind von draußen in ihr Zimmer und hofft, dass alles nur ein Traum gewesen ist. Schon bei diesen ersten Seiten, die mit einigen Cuts versehen sind, verwischen Traum und Realität deutlich und erzeugen eine unsichere Schwebelage, in der es schwer fällt sich auf die Geschichte einzulassen. „Ich hänge das Kind über die Heizung und setze mich aufs Bett“, ist da beispielsweise zu lesen. Eine Metapher oder einfach surreal?

Das trostlose Außen beschreibend, unaufgeregt und emotionslos berichtet die Ich-Erzählerin vom Umgang mit dem Kind. Nebenbei schiebt sie noch Paranoia, dass sie von ihrem Bruder und dessen Freunden belauscht wird. „Sie wollen mich in Leintücher schlagen und an den Haaren anzünden, tief inhalieren, mich hineinziehen in ihre kleinen grauen Organe und wieder ausblasen, bis ich ganz Asche bin.“ Schließlich packt Loribeth das tote Kind in einen Koffer und stiefelt mit diesem los Richtung Friedhof. Allerdings nicht ohne an drei Krähen vorbei zu laufen, eines der magischen Toten-Motive, die Michelle Steinbeck in ihrem Roman immer wieder vorkommen lässt, jedoch ohne erkennbaren Sinn. Auch das Motiv des Hungerns - Loribeth ist permanent auf der Suche nach etwas Essbarem - verliert durch die ständige Anwesenheit an Bedeutung.

Darf es noch ein bisschen mehr?

Auf dem Friedhof trifft Loribeth eine Wahrsagerin, die ihr prophezeit, dass sie den Koffer samt Kind ihrem Vater zurück geben muss, um sich von ihm und seinen auf sie projizierten Ängsten zu befreien. Loribeths Vater

hatte sie zusammen mit Mutter und Bruder irgendwann sitzen gelassen. „Öffne das Herz, deklamiert die Alte, die Liebe ebnet den Weg.“ Diese philosophisch-psychologische Lebensweisheitsszene, wie auch die später folgenden, erscheinen zu wenig mit dem nüchternen Stil des restlichen Textes verbunden und erinnern an Ratgeber, die die große Weisheit plakativ auf eine Tafel anbringen und so kaum Spielraum für die eigenen Gedanken lassen. Auf der Suche nach ihrem Vater lernt Loribeth unter anderem auch die Liebe in Person des hellen Manns kennen, den sie aufgrund seiner Adern auf der Hand begehrt. Bei ihm bleibt sie allerdings nicht, „ich bin ja auf Reisen.“ Und doch sehnt sie sich nach ihm, obwohl der kinderliebende Fridolin Seifert sie inzwischen für sich gewonnen hat. Auch diese Szenen werden emotionslos und nüchtern erzählt, denn Emotionen lässt die Ich-Erzählerin in ihrer trostlosen Welt nur selten zu. Dabei erlebt sie zwischen Städten, Meer, Wüste und Partymeile so einiges.

Das Ende, so heißt auch das letzte Kapitel, verspricht jedenfalls nochmal ein explosives Finale der Extraklasse, wobei der Ich-Erzählerin ganz zum Schluss einmal mehr die Sonne direkt ins Gesicht scheint und die Krähen tatsächlich aufgehört haben, die Nuss knacken zu wollen.

Ja komm, hau drauf

Irritation, Theatralik, Mystik, verbrauchte Motive: Das Gefühl der Überfrachtung bleibt auch bei der Lektüre der zehn Kapitel auf 153 Seiten bestehen. Ebenso wie die Untergangsdramatik à la Lars von Triers Endzeitfilm *Melancholia*. Alles scheint nur noch schlimmer und skurriler zu werden. Die junge Autorin, 1990 in Lenzburg geboren, hat mit dieser phantastischen Entwicklungsgeschichte die Herausforderung gesucht. Aber bewirkt sie auch eine Aussage?

So einige. Zum Beispiel ist Glück gar nicht so erstrebenswert wie alle tun, den eigenen Weg finden allerdings schon. Und das Kind,

das gar nicht so tot ist, wie es anfangs scheint, hat sie am Ende doch ganz gern. Allerdings könnte der Text auf lebensphilosophischer Ebene mehr Leerstellen vertragen. So bleibt der Nachgeschmack, dass viel Wind um wichtige Erkenntnisse gemacht wurde, die in Wirklichkeit verpuffen, da sie zum Großteil vorhersehbar erscheinen.

Steinbecks Sprache kann hingegen an einigen Stellen mit einer starken und originellen Bildhaftigkeit überzeugen: Ob „der Mond ein Zitronenschnitt“ oder „Das ist mir gerade so in den Kopf gefallen.“ Die poetische und verkürzte Sprache des ersten Romans der Autorin ist durch ihr bisher vorwiegend lyrisches, prosaisches sowie szenisches Schreiben geprägt. Michelle Steinbeck studierte Literarisches Schreiben in Biel, ist Mitglied des Forums für junge deutschsprachige Lyrik *Babelsprech* und veröffentlichte bereits Texte für Rundfunk, Sammelbände und Theaterbühnen. Zum Teil haben ihre sachlichen Beschreibungen auch einen dokumentarischen Charakter.

Die talentierte Autorin hat zwar zu viel in ihren Koffer gepackt, aber: Steinbeck traut sich etwas, probiert sich aus, beweist Fantasie und streift viele Themen, vom Erwachsenwerden, über Selbstfindung bis hin zu menschlichen Beziehungen. Ihre Ich-Erzählerin nimmt kein Blatt vor den Mund, erzählt lässig und unangenehm ehrlich, erscheint lethargisch abgestorben und zugleich hoffnungsvoll. Damit erreicht Steinbeck ein authentisches Bild der angeödeten und nach dem Sinn des Lebens irrenden Jugend. Gerade auch das zeitnahe Spiel zwischen Wirklichkeit und Traum gelingt der Autorin und lässt die entstehende Schwebelage nach und nach zu einer gewollten Herausforderung für die Rezipient*innen werden. Gründe weswegen Michelle Steinbecks Romandebüt wohl für die Longlist des Deutschen Buchpreises und sogar für die Shortlist des Schweizer Buchpreises 2016 nominiert wurde. Mit ihrem vielschichtigen Text provoziert die junge Autorin jedenfalls Lust auf mehr. [mal]

Ticketumstellung sorgt für Ärger

Bis zu diesem Semester war es eine klare Sache: Das NRW- und VRR-Ticket für Bus und Bahn ist auf dem Studierendenausweis gespeichert. Für Studienanfänger*innen des Wintersemesters 2016/2017 ist es aber leider gar nicht mehr so eindeutig. Aufgrund einer Systemumstellung wurden etwa 300 bis 400 Ausweise ohne Semesterticket verschickt. Bei einigen Ersts ist bislang noch gar kein Ausweis angekommen. Für den Übergang sollte die neue Funktion der myUDE-App dienen, das Fahrticket in Form eines QR-Codes vorzuzeigen. Doch noch kann dieses nicht immer ausgelesen werden. Aus dem Einschreibungswesen gibt es aber bereits Entwarnung: Betroffene Studierende sollen nicht für die Kosten aufkommen müssen.



nicht alle Studierende im Besitz eines Smartphones sind und für diese eine Alternative geboten werden sollte, wird hier allerdings nicht bedacht.

Die Studierendenvertretung hat mit dem Slogan „Ein Ausweis für alles!“ hingegen bereits klargemacht, dass sie den Ausweis behalten will. „Ein großer Vorteil des Ausweises ist, dass alle Funktionen praktisch auf einer Karte in normaler Checkkartengröße verfügbar ist. Egal ob Bibliotheksausweis, Mensakarte oder Ticket. Diese vielen Services in einem Ausweis mit sich rumtragen zu können ist ein großer Gewinn für die Studis“, erklärt sie. Außerdem sei auch die Sicherheit der Daten deutlich größer.

Kritik am VRR

Verärgert ist Strasdat vor allem über das Verhalten des VRR: „Wir als Studierendenvertretung sind mehr als empört darüber, dass wir als Vertragspartnerin des VRR keinerlei Einbindung oder Einblick in den Entwicklungsprozess der App hatten.“ Die Verkehrsbetriebe hätten versichert, dass die App Ende September einsatzbereit sei. Ab diesem Zeitpunkt sei auch sie vom Einschreibungswesen aktiv beworben worden. „Wie man eine nicht funktionierende App als das Non-Plus-Ultra bewerben kann, ist für uns vollkommen unverständlich, währenddessen das funktionierende Chipkartensystem erst im letzten Satz Erwähnung findet“, sagt Strasdat. Erwischte Nicht-Schwarzfahrer*innen können aber beruhigt aufatmen: „Sichergestellt ist, dass den Studierenden keine Kosten entstehen, wenn das Ticket bei einer Kontrolle nicht ordnungsgemäß ausgelesen werden kann“, beteuert Ciesielski. Entsprechende Anzeigen sollen im Studiensekretariat eingereicht werden. Für alle, die sich unsicher mit ihrem Ticket sind, hat der AStA in seinen Räumlichkeiten Lesegeräte installiert. Dort kann geprüft werden, ob das Ticket wirklich auf der Chipkarte gespeichert ist. Und allen Studienanfänger*innen, die noch immer auf ihren Ausweis warten, versichert Strasdat: „Eure Ausweise sind auf dem Weg.“ [dav]

Den Studienstart hätte sich Annka etwas entspannter vorgestellt: „Ich bin mit dem Zug von Duisburg nach Essen gefahren und wurde dann kontrolliert.“ Als der QR-Code auf ihrem Handy nicht gelesen werden konnte, fragte die Kontrolleurin nach dem Studierendenausweis. „Den konnte ich ihr leider auch nicht geben, weil bisher noch nichts angekommen ist“, erzählt sie. Einen Tag später in der Eurobahn sei das Auslesen des Codes dann kein Problem gewesen.

Ludwig Ciesielski, Leiter des Studierendensekretariats, erklärt: „Das Problem ist den Verkehrsbetrieben bekannt, und dort wird mit Hochdruck an der Beseitigung gearbeitet.“ Grund für das fehlende Semesterticket sei eine Systemumstellung, während der nach Schätzungen von AStA-Vorsitzender Joey Strasdat 300 bis 400 Ausweise ohne Ticket verschickt worden sein sollen. Das System unterstütze auch keine Massenherstellung der Fahrausweise mehr. Früher sei es möglich gewesen, mehrere hundert Tickets pro Nacht auszustellen, jetzt müsse jede Karte einzeln beschrieben werden.

Ob der Ausweis langsam durch das Handyticket abgelöst werden soll? „Der AStA führt dazu noch Gespräche mit den Verkehrsbetrieben“, sagt Ciesielski. Er sieht viele Vorteile für das Ticket auf dem Handy: „Zum einen kann es unabhängig von den Öffnungszeiten des Studiensekretariats jederzeit selbst heruntergeladen werden. Und wenn die Chipkarte am Wochenende verloren geht, was häufiger vorkommt als man denkt, dann können die Studierenden trotzdem Bus und Bahn benutzen, weil beides ja voneinander entkoppelt ist.“ Das

HIRNAKROBATIK

8	2			5			4
3		9		7	8		1
							5
		2		5			
	7	1	3		4	8	9
				9		1	
	4						
	1		7	4		5	9
7			2				4
							1

Wohnheimgeschichten



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Meiko Huismann (mehu), Philipp Frohn (fro), Britta Rybicki (BRIT), Maren Wenzel (mac), Marie Eberhardt (mal), Sarah Dannehl (caro), Daniel Veutgen (dav), Björn Gögge (bjg)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de